

ANTRÄGE

1) Installation von öffentlichen Arbeitsplätzen – public workspaces

GR.ⁱⁿ **Kaufmann**, MMSc B.A. stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Bereits 2009 hat sich im Rahmen des Steirischen Herbsts ein Künstler der Idee des öffentlichen Arbeitsplatzes angenommen und im Grazer Volksgarten einen Platz für Menschen geschaffen, die nicht nur in ihrer Freizeit gerne an der frischen Luft sind, sondern auch draußen im Freien ihrer Arbeit nachgehen möchten.

Die Technik macht es uns möglich, unabhängig vom Schreibtisch im Büro produktiv arbeiten zu können. Vom Smartphone aus, dem Laptop oder Tablet können wichtige E-Mails beantwortet, Anfragen gestellt und Präsentationen für die kommende Besprechung vorbereitet werden.

Wieso also bei schönstem Wetter drinnen sitzen, statt nach draußen zu gehen und seine Aufträge auf einem öffentlichen, mit Sitzgelegenheit und Tisch ausgestattetem Workspace erledigen? Warum nicht auf einem Arbeitsplatz tätig sein, der obendrein ermöglicht, mein Netbook zu laden und mir natürlich uneingeschränkten Zugang zum Internet verspricht?

Tun wir unserem Körper und unserer Kreativität etwas Gutes und verlegen den Arbeitsplatz ins Grüne bzw. an einen Platz, auf dem Austausch passiert, man Menschen begegnen kann und der uns zu neuen Ideen inspiriert – im Gegensatz zu der immer gleichen Aussicht auf die volle Pinnwand im Office.

Daher stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen, dass die zuständigen Stellen im Haus Graz

- öffentliche Plätze und Parks auf ihre Eignung für einen öffentlichen Arbeitsplatz prüfen;
- an den ausgewählten „public workspaces Standorten“ die WLAN-Nutzung unbeschränkt ermöglichen und auch Steckdosen zum Aufladen mobiler Hardware integrierbar sind.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Ausdehnung der Zone für Straßenmusik mit Platzkarte

GR. **Pogner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Das innerstädtische Flair bringt es mit sich, dass Straßenmusik vor allem im Zentrum durchaus zum Ortsbild gehört und auch von Touristen, Bewohnern und – eingeschränkt auch - von Geschäftsleuten teilweise gerne gesehen und gehört wird.

Der Gemeinderat hat im Juli 2012 beschlossen, dass Straßenmusiker sich zum Darbieten ihrer Künste eine Genehmigung für den innerstädtischen Bereich (Platzkarte) besorgen müssen.

Dieser Bereich wurde auch mit einem Plan genau definiert. Dabei wurde vor allem im weitesten Sinne der Bereich zwischen der Herrengasse und dem Andreas Hofer-Platz, sowie zwischen Schloßberg-Platz und dem Eisernen Tor als „Innenstadtzone“ gekennzeichnet.

Nicht berücksichtigt wurden in dieser Zone vor allem die Bereiche Stempfergasse, Messnergasse und Pomeranzengasse.

Viele der Straßenmusiker, die keine Platzkarte lösen, bespielen gerade diese Bereiche knapp außerhalb dieser Innenstadtzone und halten sich auch kaum an die dafür vorgesehenen Regeln.

Eine Ausdehnung der „Innenstadtzone“ für Straßenmusik mit Platzkarte scheint daher vor allem im Bereich Stempfergasse und Messnergasse angebracht.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

Antrag,

der Gemeinderat möge beschließen, dass die Innenstadtzone zur Darbietung von Straßenmusik mit Platzkarte vor allem auf die Bereiche Stempfergasse und Messnergasse erweitert werde.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Durchfahrtskontrolle in der Fußgängerzone

GR. **Pogner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der ständig steigende Individualverkehr bringt es mit sich, dass Autofahrer im Erreichen ihrer Fahrziele immer „kreativer“ werden.

Die Fußgängerzone in der Innenstadt wird ohnedies in der Zeit von 5.00 Uhr bis 10.00 Uhr durch Anlieferungs- und Zustelldienste stark frequentiert, so muss von Bewohnern und Innenstadtkaufleuten in letzter Zeit festgestellt werden, dass es häufig zu Durchfahrten von Taxis, Zustelldiensten und auch privater Pkws durch diese Fußgängerzone kommt. Offensichtlich, um schneller quer durch die Stadt zu gelangen. Hauptsächlich betroffen sind die Straßenzüge von der Landhausgasse über die Herrengasse, in die Stempfergasse, Bindergasse und retour.

Ebenso wird der „Schleichweg“ von der Kaiserfeldgasse bzw. der Stubenbergasse über die Herrengasse in die Hans-Sachs-Gasse bis zum Tummelplatz und in umgekehrter Richtung auch von der Hamerlinggasse kommend gerne befahren.

Offensichtlich wird bewusst damit kalkuliert, dass die verbotenen Durchfahrten – vor allem außerhalb der erlaubten Zeit für Ladetätigkeiten – nicht oder nur in den seltensten Fällen geahndet werden.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen, dass der für den Verkehr zuständige Stadtrat, Mag. (FH) Mario Eustacchio, mit der Polizei dahingehend Gespräche aufnimmt, damit eine stärkere Kontrolle dieser unerlaubten Durchfahrten überwacht und geahndet werde.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Mobile Betreuung für Kinder von Flüchtlingen und TransmigrantInnen

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Wenn Menschen ihre Heimat verlassen müssen, ist das immer schwer. Wenn sie dabei ihre Kinder mitnehmen können, was ohnehin eher selten vorkommt, ist das sehr erfreulich, kann aber in engen Unterkünften und in der neuen Situation zu Spannungen führen.

Die Stadt Gelsenkirchen hat daher ein Modell entwickelt (<http://www.migazin.de/2015/06/26/ein-kindergarten-vor-der-haustuer/>), das Kindern die Integration erleichtert, ihnen beim Erwerb der Sprache des Aufnahmelandes hilft und nicht zuletzt Spaß macht: in bunt bemalten Wohnwagen befinden sich mobile Kitas, mit denen BetreuerInnen zu den Kindern (und auch deren Eltern) kommen und ihnen helfen, sich in die neue Umgebung einzugewöhnen. Kinder wie Eltern erhalten so auf eine sehr freundliche Art und Weise Erstkontakt mit der neuen Kultur, fassen Vertrauen und öffnen sich. Ziel ist es jedoch nicht, die mobile Kita zur dauerhaften Begegnungsstätte zu machen. Sie ist Übergangslösung für die Zeit, bis Kinder einen regulären Betreuungsplatz gefunden haben und hilft dabei, die nötigen Formulare auszufüllen, Plätze zu vermitteln und – für traumatisierte Flüchtlingskinder – psychologische Begleitung zu organisieren.

Das Projekt, das seit April 2014 läuft, erfuhr so starken Zuspruch und ist in der Integrationsleistung von so hohem Erfolg gekrönt, dass das Land Nordrhein-Westfalen mobile Betreuung für Flüchtlingskinder nun verstärkt fördern will.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des Magistrats Graz werden aufgrund der im Motivenbericht angeführten Gründe ersucht zu prüfen, inwieweit eine so positive Integrationsmaßnahme für Kinder wie die mobile Betreuung auch für die Stadt Graz praktizierbar wäre.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Tangentiallinie 62 – Ausweitung der Betriebszeiten

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Bereits im Juni 2013 habe ich in einer Anfrage an den Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl um eine Ausweitung der Betriebszeiten der Tangentiallinie 62 auf Samstagnachmittage sowie Sonn- und Feiertage ersucht. Aufgrund der anhaltenden Fahrgaststeigerungen, die sich durch zukünftige Siedlungsentwicklungen weiter verstärken, wird das immer dringender.

Die Linie 62 gehört zu den stark frequentierten Buslinien im Grazer Stadtgebiet, verbindet sie doch den Grazer Westen vom südlich gelegenen Bahnhof Puntigam bis hin zur nördlich gelegenen Carnerigasse. Sie wird nicht nur von SchülerInnen und Berufstätigen in Anspruch genommen, sondern – aufgrund ihrer optimalen Nord-Süd-Verbindung – auch von vielen EinkäuferInnen. An Samstagen wird der Betrieb jedoch bereits kurz nach 14 Uhr eingestellt – und das, obwohl die Geschäfte an Samstagen erst um 18 Uhr schließen.

Auch fährt sie an Sonn- und Feiertagen nicht, was zur Folge hat, dass im Besonderen der Grazer Süden entlang der Gradnerstraße mit den Öffis nur sehr schwer oder gar nicht erreichbar ist – und das, obwohl entlang der Gradnerstraße zahlreiche Großsiedlungen entstanden und noch weitere geplant sind.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die verantwortlichen Stellen der Stadt Graz sowie der zuständige Stadtrat werden ersucht, die Ausweitung der Betriebszeiten der Tangentiallinie 62 auf Samstagnachmittage sowie Sonn- und Feiertage im Masterplan ÖV zu berücksichtigen und in den Verkehrsfinanzierungsvertrag aufzunehmen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) ÖV-Ferienticket für die Zone 101 für SchülerInnen und Lehrlinge

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer** stellt namens von ÖVP, KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Mit dem Top-Ticket ist für Jugendliche sicher ein tolles Angebot gegeben, das ganze Jahr über, als auch an Sonntagen und während der Sommerferien, mit dem öffentlichen Verkehr unterwegs zu sein: Für eine Aufzahlung von 82,40 Euro kann man

jeden Tag das gesamte ÖV-Netz in der ganzen Steiermark benutzen. Vorausgesetzt, man hat Anspruch auf eine entsprechende Schülerfreifahrt in Form der Streckenkarte.

Wer allerdings nicht das Geld hat, um von der Streckenkarte auf das Top-Ticket aufzuzahlen, geht ebenso leer aus wie all jene Kinder und Jugendlichen, die keinen Anspruch auf die Streckenfreifahrt haben: Sie haben somit auch nicht die Möglichkeit, in den Sommermonaten kostenlos bzw. zumindest extrem vergünstigt den ÖV zu nutzen. Was etwa Bäderbesuche, die Teilnahme an Sommerferienprogrammen, etc. verteuert.

Ein Umstand, der die SchülerInnen der 5.b-Klasse des BG/BRG Kirchengasse beim Politikworkshop „Mitmischen in Graz“ im Rathaus am 26. Juni 2015 sehr beschäftigt hat, weshalb meine Gemeinderatskollegin Martina Kaufmann und ich zusagten, dass wir sie bei der Weiterverfolgung dieses Themas unterstützen werden. Und die SchülerInnen befassten sich weiter damit und kamen zu folgendem Schluss: Die Ideallösung aus ihrer Sicht wäre natürlich, dass alle SchülerInnen in den Sommerferien die Zone 101 mit den öffentlichen Verkehrsmitteln gratis befahren dürfen. Falls sich dieser Vorschlag nicht in die Tat umsetzen ließe, hätten sie als Alternativ-Lösungsvorschlag die Einführung eines eigenen „Sommerferientickets“, das die BesitzerInnen eines SchülerInnenfreifahrtsausweis gegen einen angemessenen Unkostenbeitrag erwerben können. Das Ticket sollte für die Zone 101 gelten.

Namens der Gemeinderatsklubs von SPÖ, ÖVP, KPÖ, Grüne und Piratenpartei sowie in Übereinkunft mit unserer Gemeinderatskollegin Martina Kaufmann leite ich dieses Anliegen gerne weiter und stelle nachfolgenden

A n t r a g :

Der Verkehrsstadtrat wird ersucht, bei den zuständigen Stellen des Hauses Graz bzw. beim Verkehrsverbund betreffend die im Motivenbericht genannten Überlegungen der 5.b-Klasse des BG/BRG Kirchengasse für eine Freifahrt in den Sommermonaten einen Vorstoß zu starten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Verbesserung der Beleuchtung im Volksgarten

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**, MA, stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Öffentliche Räume, besonders Parks, erzeugen vor allem nachts nicht nur bei Frauen und älteren Menschen ein Gefühl von Unsicherheit oder Bedrohung. Gerade im Volksgarten ist auf Grund der Gegebenheiten die Berücksichtigung der Sicherheitsaspekte durch eine ausreichende Beleuchtung besonders wichtig. Am 19. Mai dieses Jahres wurde im Rahmen der Stadtteilversammlung vom Verein „Sicher leben in Graz“ auf die Notwendigkeit einer entsprechend ausreichenden Beleuchtung hingewiesen. Nach dem Prinzip "Sehen und gesehen werden" kann und soll die Sicherheit und das persönliche Sicherheitsgefühl durch eine entsprechende Beleuchtung im Volksgarten erhöht werden.

Weiters soll die ergänzende Ausstattung bzw. die Nachrüstung der Beleuchtungskörper mit LED durchgeführt werden.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen des „Hauses Graz“ mögen umgehend beauftragt werden, im Volksgarten zur Verbesserung der Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsgefühls zusätzliche LED-Beleuchtungen zu installieren bzw. bestehende Beleuchtungen durch den Einsatz von LED-Lampen zu verbessern.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Absiedlung „Sorger“/Maßnahmen der Stadt

GR. Mag. **Haßler** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Dass die Stadt Graz um jeden Arbeitsplatz bemüht sein muss, steht wohl außer Streit: Abgesehen davon, dass die Grazerinnen und Grazer zu Recht erwarten, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze in größtmöglicher Bandbreite und möglichst in allen Branchen vorzufinden, ist das Vorhandensein von Arbeitsplätzen schlicht und einfach auch eine finanztechnische Frage. Denn Arbeitsplätze bringen Kommunalsteuer, so wie Unternehmen bzw. Betriebe insgesamt darüber hinaus auch im Umfeld für weitere Beschäftigung sorgen. Daher kommt es ja auch nicht von ungefähr, dass sich regelmäßig Gemeinderatsinitiativen mit Fragen von Betriebsansiedlungen bzw. --erweiterungen beschäftigen.

Und umso bedenklicher ist es, wenn Grazer Traditionsunternehmen wie jetzt die Bäckerei „Sorger“ ankündigen, den Wirtschaftsstandort Graz verlassen und mit 150 Beschäftigten ins Umland absiedeln zu wollen. Der Grund: Man habe am alten Standort in Eggenberg keine Expansionsmöglichkeiten.

Nun mag richtig sein, dass der alteingesessene Standort in Eggenberg für eine Betriebserweiterung nur mindergeeignet wäre. Aber: Graz ist groß, unsere Stadt hätte mit Sicherheit viele attraktive Betriebsstandorte für diese Traditionsbäckerei zu bieten, mit der GBG hätten wir eigentlich auch ein genau dafür geschaffenes und geeignetes Instrument, das solche Problemstellungen lösen sollte: Sei es über den Innovationspark, sei es über andere Liegenschaften.

Was aber auf jeden Fall nicht passieren sollte, ist, ein solches Unternehmen einfach ziehen zu lassen, ohne alle Hebel in Bewegung zu setzen, um es in Graz zu halten. Damit würden wir nicht nur 150 Arbeitsplätze – und offenkundig sogar mehr, da ja die Rede von Expansion ist – verlieren, diese Absiedelung hätte wahrscheinlich auch weitere negative Begleiterscheinungen sowohl für Zulieferbetriebe als auch insgesamt für die Eggenberger Wirtschaft. Nicht zu vergessen der Imageschaden für den Wirtschaftsstandort Graz, wenn ein Traditionsunternehmen sich gezwungen sieht, Graz zu verlassen. Dem gilt auf jeden Fall gegenzusteuern, indem gemeinsam mit dem betroffenen Unternehmen nach Lösungsmöglichkeiten, sprich geeigneten Betriebsstandorten innerhalb der Stadt, gesucht wird.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

A n t r a g :

Die zuständigen VerantwortungsträgerInnen bzw. Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, umgehend mit der Grazer Traditionsbäckerei Sorger in Verbindung zu

treten, um gemeinsam nach Möglichkeiten zu suchen, die Absiedlung dieses Unternehmens aus Graz zu verhindern.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Radaufstellfläche Maria-Theresia-Allee – Parkstraße – Geidorfplatz

GR. **Dreisiebner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Im Bereich Maria-Theresia-Allee - Parkstraße - Geidorfplatz befindet sich zwischen Parkstraße und Bergmannsgasse eine Aufstellfläche für RadfahrerInnen. Da diese zu klein bemessen ist, kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen durch vorstehende Radteile, insbesondere wenn Anhänger mitgeführt werden oder auch, wenn gerade sehr viele RadfahrerInnen in diesem Bereich auf die nächste Grün-Phase warten.

Diese zum Teil sehr gefährliche Situation ist selbstverständlich aus Gründen der Verkehrssicherheit, aber auch aufgrund der mannigfach geleisteten Bekenntnisse der Stadt Graz zur laufenden Verbesserung der Radverkehrsinfrastruktur im Speziellen und zur Sanften Mobilität im Allgemeinen wenig bis gar nicht zufriedenstellend.

In diesem Sinne stelle ich folgenden

A n t r a g :

Der zuständige Stadtsenatsreferent Mag. Mario Eustacchio sowie die Abteilung für Verkehrsplanung werden beauftragt, Möglichkeiten zu Entschärfung dieser für RadfahrerInnen wenig zufriedenstellenden und sicherheitsgefährdenden Situation im vorgenannten Bereich ehebaldigst durch entsprechende Maßnahmen zu beheben.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Einrichtung einer Bäche-Hotline

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Aufgrund der langen Trockenheit und extremen Hitze sind in den letzten Wochen einige Bäche in Graz trockengefallen. Für öffentliche Aufmerksamkeit sorgte das Austrocknen des Schöcklbachs, wo ein noch massiveres Fischsterben durch den Rettungseinsatz des Arbeiterfischereivereins verhindert werden konnte – rund 3.000 Fische konnten gerettet werden. In den letzten Tagen führte auch der Andritzbach zeitweilig kein Wasser, was mit den Entnahmen durch das Wasserwerk Andritz in Zusammenhang stehen dürfte (siehe dazu auch meine Frage im Gemeinderat vom 18. Juni 2015).

Beide Bäche sind "Öffentliches Wassergut" und fallen rechtlich in eine komplizierte Zuständigkeit von BM für Landwirtschaft, dem Landeshauptmann, dem Land Steiermark, der Gemeinde Graz und dem jeweiligen Fischereiberechtigten. Auch die Graz Holding-Kommunale Dienstleistungen GmbH und die GBG Gebäude und Baumanagement Graz GmbH sind oft bei Wasserbezügen involviert.

Im Fall des Austrocknens von Bächen und dem damit einhergehenden Fischsterben wissen besorgte BürgerInnen – besonders an Wochenenden - nicht, wohin sie sich wenden sollen. Es wäre daher zielführend, für solche Fälle eine Anlaufstelle (Bäche-Hotline) einzurichten, sei es beim Land Steiermark oder der Stadt Graz, die für ein rasches Einschreiten sorgen kann.

Daher stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs – ALG folgenden

A n t r a g :

Die Stadt Graz möge für die Einrichtung einer Anlaufstelle/Bäche-Hotline, die auch an Wochenenden erreichbar ist, sorgen und die Kontaktdaten auf der stadteigenen Website sowie in der nächsten BIG kommunizieren.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Bitcoin

GR. **Pacanda** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

In Graz ist vor einem Jahr der erste Bitcoin-Automat Österreichs in Betrieb gegangen. Bitcoin ist ein länderübergreifendes Zahlungssystem in Form von virtuellem Geld. Weltweit steigt die Anzahl der Bitcoin-Akzeptanzstellen, in Graz sind es bereits sieben. Da dieses als innovativ geltende Konzept regelmäßig internationale Aufmerksamkeit bekommt, wäre es wünschenswert wenn der Technologiestandort Graz Bitcoin-

Akzeptanzstellen unterstützt. Möglichkeiten, die sich anbieten, wären zum Beispiel: "Bitcoin accepted" Sticker, Printversion Coinmap Graz, Hinweis auf Bitcoin-Meile und Beratungsmöglichkeiten, Erwähnung oder Markierung in entsprechenden Broschüren, etc. Daher stellen wir folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen mögen entsprechend des Motivenberichtes überprüfen, mit welchen Mitteln sie Bitcoin-Akzeptanzstellen bzw. -Automaten in Graz unterstützen können.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Konsequenzen für stark abweichende Projektausführungen

GR. **Pacanda** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

In den letzten Jahren gab es ein paar Beispiele von Großprojekten, deren bauliche Ausführung stark von deren beworbener Visualisierung sowie deren genehmigter Ausführung abweicht. Bekanntestes Beispiel ist sicher der Kastner-Umbau (kein Bronzedach, Gewölbe entgegen der Erlaubnis der ASVK abgetragen), jedoch gibt es auch weitere prägende Beispiele. Eine Bebauung um die Villa Hartenau (Leechgasse 48) sollte laut Zeitungsberichten "zu Gold" werden, wurde zunächst weiß, dann grau gefärbt und weicht weiterhin wesentlich vom positiv begutachteten und bewilligten

Plan ab. Der tatsächliche Bau des Augartenkomplexes anstelle des Augartenkinos ist völlig anders geraten als der prämierte Entwurf. Daran ändert auch eine nachträglich angebrachte Glasfassade nichts.

Eine entsprechende Nachbesserung hat in den genannten Fällen bislang nicht stattgefunden, unsere bisherigen Erfahrungen lassen vermuten, dass es auch kaum Konsequenzen für die stark abweichenden Umsetzungen gibt.

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen werden ersucht darzulegen:

- ob und in welcher Höhe in den konkreten Fällen Strafen ausgesprochen wurden
- -wer für die Kontrolle verantwortlich ist
- ob es andere Gründe gibt, warum die Projekte stark von der Ankündigung bzw. öffentlichen Darstellung abweichen
- wie sich so etwas verhindern lässt.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Mobile Wasserspender, Trinkbrunnen

GR. **Pacanda** stellt namens von Grünen und Piratenpartei folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

In vielen europäischen Städten ist es üblich, in den heißen Sommermonaten zusätzliche Wasserspender/Trinkbrunnen aufzustellen. Einerseits wird dies durch

Aufsätze an Hydranten, oder durch die Montage von mobilen Wasserspendern mit Standrohren gelöst.

A n t r a g :

- 1.) Die zuständigen Stellen werden ersucht, umgehend alle vorhandenen mobilen Wasserspender in Hitzephasen in Graz zu montieren.
- 2.) Weiters mögen geprüft und dem zuständigen Ausschuss darüber berichtet werden, welche weiterführenden Maßnahmen (Bedarf, Finanzmittel) getroffen werden müssten, um die Grazerinnen und Grazer im Sommer mit mehr Trinkbrunnen/Wasserspendern zu versorgen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

14) Platzkühlung

GR. **Pacanda** stellt namens von Grünen und Piratenpartei folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Gerade jetzt an sehr heißen Tagen fällt dieses Problem noch stärker auf. Wenn man z.B. bei Sonnenschein bei der Haltestelle "Stadthalle" aussteigt und sich Richtung Süden auf den Weg macht, stellt man schnell fest, dass die aktuelle Platzgestaltung nicht verhindert, sich auf diesem Platz wie in einem Backofen zu fühlen.

Wenn man an z.B. Schulkinder denkt, die um die Mittagszeit auf die Straßenbahn warten, erkennt man schnell, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht.

Eine schnelle Versuchsmessung hat ergeben, dass bei einer Außentemperatur von 30 Grad in der Sonne gut und gerne 50 Grad erreicht werden. Unter dem einzigen Schattenspender in der Umgebung der Anzeigetafel kommen wir noch immer auf fast 40 Grad.

A n t r a g :

Die verantwortlichen Stellen mögen prüfen und dem zuständigen Ausschuss darüber berichten, ob Maßnahmen getroffen werden können, um diesen und ähnliche Plätze durch eine entsprechende Begrünung zu kühlen. Es sollen dazu auch neue innovative Techniken wie z.B. Gebäude-Vertikalbegrünungen berücksichtigt werden.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

15) Überprüfung der Vereinsliste auf der Homepage

GR. **Pacanda** stellt namens von FPÖ und Piratenpartei folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Als Stadt der Menschenrechte hat Graz eine besondere Verantwortung gegenüber Rassismus, Antisemitismus sowie Extremismus. Unter dem Link <http://www.graz.at/cms/beitrag/10023093/415557> bewirbt die Stadt eine Liste von Vereinen, unter denen sich auch Vereine finden, die angeblich laut Medienberichten radikale Positionen vertreten.

Nr. 28 Islamischer Glaubensverein TAWHID

Hat laut Presse und Kurier Kämpfer für Syrien rekrutiert:

<http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/3817309/KaempferfurSyrienrekrutiert>

<http://kurier.at/chronik/oesterreich/terrorverdachtimamverhaftet/68.964.833>

Nr. 40 Liga Kultur Verein für multikulturellen Brückenbau

Steht der Muslimbruderschaft nahe.

Quelle: Islamforscher Dr. Lorenzo Vidino im Kurier

<http://kurier.at/politik/inland/oesterreichisteinegutebasisfuermuslimbrueder/>
96.304.361

A n t r a g :

Die zuständige Stelle möge bitte darlegen, ob die Liste der Vereine auf die Richtlinien der Menschenrechtsstadt Graz überprüft wurde, oder ob Maßnahmen aufgrund der Berichterstattung in den Medien zu treffen sind.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina S c h r ö c k schießt die Sitzung des Gemeinderates um 17.50 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Schröck

Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA

Der Schriftführer:

Die Schriftprüfer:

Wolfgang Polz

GR. Mag. Rudolf Moser

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb